

NIEDERSCHRIFT

VERTEILER:

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Sozialausschuss, SOA/001/ XIII	
Sitzung am	: 21.09.2023	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 1, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:30	Sitzungsende : 21:12

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitz	: gez.	Tobias Schloo
Schriftführung	: gez.	Mats Hollesen

TEILNAHMEVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 21.09.2023

Sitzungsteilnehmende

Vorsitz

Tobias Schloo

Teilnehmende

**Gunnar Becker
Thorsten Borchers
Sabine Fahl**

Vertretung für Herrn Dr. med. Matthias Helt

**Peter Goetzke
Frauke Gülle
Volker Holdt
Mascha Kühl
Kathrin Meyer
Jens Rosinsky
Devina Skutnik
Thomas Stumpf
Doris Vorpahl
Kornelia Wangelin**

Vertretung für Frau Nicole Eichel

Vertretung für Frau Nicole Rackwitz

Verwaltung

**Petra Engfer
Björn Lange-Kröger
Julia Major
Claudia Meyer
Sirko Neuenfeldt
Katrín Schmieder
Sirikit Spengel
Celina Tobergte**

**Rechnungsprüfungsamt
Amt 50
Dez. II, Assistenz der 2. Stadträtin
Gleichstellungsbeauftragte
Amt 50, Amtsleitung
Dez. II, 2. Stadträtin
Amt 50
Amt 50**

Protokollführung

Mats Hollesen

Amt 50

sonstige

**Tobias Mährlein
Michael Metzler**

**Stadtvertreter
Seniorenbeirat**

Entschuldigt fehlten

**Nicole Eichel
Dr. med. Matthias Helt
Gunnar Löwe
Nicole Rackwitz**

**Vertreten durch Frau Kathrin Meyer
Vertreten durch Frau Sabine Fahl**

Vertreten durch Herrn Thomas Stumpf

Sonstige Teilnehmende

**Rahime Capan
Hr. Bredt-Nguyen
Clarisa Ferrer
Anđa Zdravac-Vojnović
Bärbel Appelhans
Andrea Makies
Stefan Werner
David-Timon Rex**

Claudia Lux

**Ines Krüger
Ilka Bandelow
Britta Lüdeke-Kaufholz
Nelly Weisse**

**Ramela Jugendhilfe GmbH
Ramela Jugendhilfe GmbH
Mütterzentrum Norderstedt e.V.
Caritas im Norden e.V.
Diakonie HH/SH
Diakonie HH/SH
Diakonie HH/SH
AWO Landesverband Schleswig-
Holstein e.V.
AWO Landesverband Schleswig-
Holstein e.V.
Willkommen-Team Norderstedt e.V.
Willkommen-Team Norderstedt e.V.
Frauenräume e.V.
Frauenräume e.V.**

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 21.09.2023

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2023

TOP 4 :

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 16.03.2023

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 6 : A 23/0378

Antrag der SPD-Fraktion - "Einrichtung eines Behindertenbeirates gemäß §§47d und 47e GO SH"

TOP 7 : B 23/0327

Psychosoziale Beratung von Geflüchteten in den Unterkünften: Fortsetzung des bestehenden Zuwendungsvertrages

TOP 8 : B 23/0370

Mütterzentrum Norderstedt e.V. - Zuschussantrag 2024-2027

TOP 9 : B 23/0360

Haushalt 2024/25 - Grundhaushalt Amt 50 - 1. Lesung

TOP 10 : B 23/0362

Teilstellenplan des Amtes 50 - Sozialamt - 1. Lesung

TOP 11 : B 23/0342

Betreuung von Geflüchteten in den Unterkünften: Fortsetzung der bestehenden Zuwendungsverträge

TOP 12 :

Besprechungspunkt Neubau TAS

B 23/0343

**TOP 13 :
Zuschuss Frauenräume e.V.**

**TOP 14 : B 23/0361
Mitglieder Arbeitskreis Stadtwerkespende**

**TOP 15 :
Besprechungspunkt „Präventive Hausbesuche für Senior*innen“**

**TOP 16 :
Dauerbesprechungspunkt Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und
Asylbewerber*innen**

**TOP 17 :
Dauerbesprechungspunkt Wohnraumversorgung**

**TOP 18 : M 23/0358
1. Halbjahresbericht 2023**

**TOP 19 : M 23/0363
Sitzungstermine 2024**

**TOP 20 :
Einwohnerfragestunde, Teil 2**

**TOP 21 :
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 21.1 :
Bericht von Frau Schmieder zur Besichtigung von städtischen Projekten**

**TOP 21.2 :
Bericht von Herrn Neuenfeldt zur Betreuung der Obdachlosen im Langenharmer Weg
und diverse Sachberichte**

**TOP 21.3 :
Interkulturelle Wochen 24.09. bis 01.10.2023**

**TOP 21.4 :
Zeitplanung Haushaltsbeschluss**

**TOP 21.5 :
Besichtigung Räumlichkeiten INTERPUNKT**

**TOP 21.6 :
Veranstaltung "Radeln ohne Alter"**

**TOP 21.7 :
Anfrage der FDP-Fraktion zur Erläuterung des Teilstellenplanes**

**TOP 21.8 :
Anfrage der SPD-Fraktion zu einer eigenmächtigen Besichtigung einer Norderstedter
Notunterkunft durch zwei Stadtvertreter**

T A G E S O R D N U N G S P U N K T E

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 21.09.2023

Öffentliche Sitzung

TOP 1:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schloo eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Gäste sowie die Verwaltungsmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 14 Mitgliedern fest.

Herr Rosinsky von der B90 / Grüne Fraktion,
Herr Stumpf von der SPD Fraktion,
Frau Skutnik von der FDP Fraktion,
Frau Fahl von der CDU Fraktion,
Frau Gülle von der CDU Fraktion werden von Herrn Schloo gemäß § 46 Absatz 6 Gemeindeordnung durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihre Ämter eingeführt.

TOP 2:

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Es gibt keine nichtöffentlichen Berichte oder Anfragen. Daher entfällt der nichtöffentliche Teil der Sitzung

Frau Vorpahl von der CDU beantragt die erste Lesung des Haushaltes für 2024 / 2025, sowie des Teilstellenplanes (TOPs 9 und 10).

Frau Wangelin von der Fraktion Bündnis 90 / Grüne regt an, künftig zuerst über den Teilstellenplan zu beraten und erst anschließend über den Haushalt.

Abstimmung über die erste Lesung des Haushaltes 2024 / 2025 und des Teilstellenplanes des Amtes 50:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die Genehmigung der Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

**TOP 3:
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2023**

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 16.03.2023 erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

**TOP 4:
Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 16.03.2023**

Es wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der Sitzung vom 16.03.2023 gefasst.

**TOP 5:
Einwohnerfragestunde, Teil 1**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 6: A 23/0378
Antrag der SPD-Fraktion - "Einrichtung eines Behindertenbeirates gemäß §§47d und 47e GO SH"**

Herr Schloo gibt eine kurze Einleitung zum Antrag der SPD Fraktion und verweist auf die Erfüllung der UN-Behindertenkonvention. Menschen mit Behinderung seien bisher in Gremien der Stadt unterrepräsentiert. Er führt den Kinder- und Jugendbeirat als positives Beispiel für mehr Beteiligung der Betroffenen an.

Frau Wangelin von der Fraktion B90 / Grüne und der Vorsitzende Herr Schloo sind sich einig, dass ein solcher Beirat nur aus tatsächlich Betroffenen bestehen sollte. Dies sei auch durch die Vorschriften der Gemeindeordnung gewährleistet.

Frau Skutnik von der FDP fragt, wie Behinderung in diesem Zusammenhang definiert sei. Daraufhin erklärt Herr Schloo, dass durch Beschluss des Antrages die Verwaltung mit der Prüfung dieser Angelegenheit beauftragt würde.

Frau Vorpahl von der CDU erklärt, dass die CDU den Antrag ablehne, da es bereits mehrere Instanzen wie z.B. den Kreis-Behindertenbeirat gäbe, der die Beteiligung von Menschen mit Behinderung gewährleiste. Frau Gülle von der CDU schließt sich dem an.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss möge beschließen, dass die Gründung eines Beirates für Menschen mit Behinderung gemäß der §§ 47d und e GO SH geprüft wird. Dem Sozialausschuss soll ein Konzept vorgestellt werden, wie ein solcher Beirat aussehen soll, sodass die Teilhabe von Personen mit allen Formen von Behinderungen in allen Altersgruppen Berücksichtigung finden. Ein Konzept und eine Satzung sollen an die Konzepte und Satzungen des Seniorenbeirates und des Kinder- und Jugendbeirates angelehnt sein. In den Prozess sollen

die Behindertenbeauftragte und die Inklusionsagentur aktiv mit eingebunden werden.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:		3	3	1			
Nein:	5				1	1	
Enthaltung:							
Befangen:							

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei Stimmgleichheit abgelehnt.

TOP 7: B 23/0327

Psychosoziale Beratung von Geflüchteten in den Unterkünften: Fortsetzung des bestehenden Zuwendungsvertrages

Herr Neuenfeldt äußert sich wertschätzend über die bisherige Arbeit von Ramela Jugendhilfe GmbH.

Die geladenen Gäste Frau Capan und Herr Bredt-Nguyen stellen die Ramela Jugendhilfe GmbH im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation (**Anlage 1 zur Niederschrift**) vor.

Frau Vorpahl von der CDU-Fraktion merkt an, dass der eingereichte Sachbericht von der Präsentation abweicht. Die Ramela Jugendhilfe GmbH sei bereits im Vorwege darauf hingewiesen worden.

Dies sei in Anbetracht der Höhe des beantragten Zuschusses ungenügend.

Frau Capan entschuldigt sich für den fehlerhaften Sachbericht und gelobt Besserung für die Zukunft.

Auf die Fragen des Ausschusses erklärt Herr Bredt-Nguyen, dass es sich bei verbindlicher Beratung um vereinbarte Termin handele und man vom September 2022 bis heute etwa 2.780 Beratungsgespräche geführt habe.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, die Finanzierung der psychosozialen Beratung von Geflüchteten in den Unterkünften durch die Ramela Jugendhilfe GmbH (ehemals OneCare bzw. Compas) mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von 195.000,00 € fortzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger den Vertrag ab 01.01.2024 für eine Laufzeit von 4 Jahren abzuschließen.

Die dafür erforderliche Mittelerhöhung von 55.000,00 € jährlich ist beim Haushaltsbeschluss für den Doppelhaushalt 2024/25 zusätzlich zum Verwaltungsentwurf bei dem Produktkonto 315500 531800 für die Kalenderjahre 2024 ff. zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:		3	3				
Nein:	5				1	1	
Enthaltung:				1			
Befangen:							

Die Beschlussvorlage ist mit 6 Ja-Simmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

TOP 8: B 23/0370
Mütterzentrum Norderstedt e.V. - Zuschussantrag 2024-2027

Frau Ferrer Stellt das Mütterzentrum Norderstedt e.V (Müze) im Rahmen einer Präsentation vor (**Anlage 2 zur Niederschrift**).

Frau Wangelin bedankt sich ausdrücklich für das ehrenamtliche Engagement.

Frau Schmieder erklärt die Diskrepanz zwischen der in der Beschlussvorlage genannten Summe und der Summe des originalen Antrages des Mütterzentrums. Die ursprünglich beantragten 100.068,00 € beinhalteten unter anderen eine Stelle die mitunter für Fundraising verantwortlich wäre. Dies sei aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen Vereinen in enger Abstimmung mit dem Verein nicht mit aufgenommen worden:

Frau Meyer, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Norderstedt, spricht sich für die Bewilligung der originalen Summe aus, da das Mütterzentrum beinahe ausschließlich durch ehrenamtliche Mitarbeiter begleitet wird und die geringe Fluktuation ein Indiz für die gute Zusammenarbeit darstellt. Des Weiteren eignen sich die - überwiegend nicht berufstätigen – Klienten durch die enge Betreuung wertvolle Fertigkeiten an, welche Ihnen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erheblich erleichtern können.

Frau Meyer von WIN-FW befürwortet die Bewilligung der originalen Fördersumme, da das Mütterzentrum dem aktuell überlasteten Jugendamt gut zuarbeite.

Frau Vorpahl von der CDU spricht sich ebenfalls für die Bewilligung der ursprünglichen Fördersumme aus.

Herr Schloo lässt über den Änderungsantrag von Frau Meyer von der WIN-FW zur Anpassung der Förderungssumme abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss spricht sich für die Beibehaltung der institutionellen Förderung des Mütterzentrum Norderstedt e. V. für die Jahre 2024 - 2027 aus und beschließt eine Anpassung des Zuschusses auf 65.000,- € jährlich. Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung einen entsprechenden Vertrag mit dem Verein Mütterzentrum Norderstedt e.V. abzuschließen.

Die dafür zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 25.000 Euro sollen mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 zusätzlich zum Verwaltungsentwurf auf dem Produktkonto 331000.531800 für die Kalenderjahre 2024 ff. zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung über die Erhöhung der ursprünglichen Fördersumme von 65.000,00 € auf 100.068,00 €:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Der Änderungsantrag wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Der so geänderte Beschlussvorschlag wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 9: B 23/0360
Haushalt 2024/25 - Grundhaushalt Amt 50 - 1. Lesung

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nur in 1. Lesung behandelt und wird erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses gesetzt.

Herr Neuenfeldt weist darauf hin, dass die Konten der Teilfinanzpläne durchlaufende Gelder beinhalten und dass zu konkreten Ansätzen der Erläuterungsbericht einzusehen ist.

TOP 10: B 23/0362
Teilstellenplan des Amtes 50 - Sozialamt - 1. Lesung

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nur in 1. Lesung behandelt und wird erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses gesetzt.

TOP 11: B 23/0342
Betreuung von Geflüchteten in den Unterkünften: Fortsetzung der bestehenden Zuwendungsverträge

Herr Becker von der CDU-Fraktion stellt einen Antrag auf Vertagung der Entscheidung. Daraufhin bittet Herr Schloo noch einmal darum Anträge zu Beginn der Sitzung zu stellen und erläutert zusammen mit Frau Schmieder die Konsequenzen, die sich aus einer Vertagung ergeben.

Herr Neuenfeldt merkt an, dass die Beträge bereits im aktuellen Haushaltsentwurf einkalkuliert sind und es sich hierbei nicht um eine Erhöhung handelt, sondern lediglich um die Verlängerung der bestehenden Verträge. Diese sei im Hinblick auf die steigenden Zugangszahlen von Geflüchteten angemessen.

Frau Vorpahl von der CDU beantragt eine Unterbrechung der Sitzung. Die Sitzung wird von 19:37 bis 19:42 unterbrochen.

Herr Becker zieht seinen Antrag zurück und beantragt in diesem Zuge die Verträge statt um vier Jahre lediglich um ein Jahr zu verlängern

Der Vorsitzende Herr Schloo betont, ebenso wie seine Folgeredner*innen Frau Meyer von der WIN-FW, Frau Kühl von der SPD, Frau Schmieder, Frau Lux von der AWO, Frau Appelhans von der Diakonie, Frau Zdravac-Vojnovic von der Caritas, Herr Neuenfeldt und Frau Bandelow vom Willkommen-Team, die enorme Wichtigkeit und Notwendigkeit der Verlängerung der Verträge wie im Beschlussvorschlag um vier Jahre zu beschließen. Als Argumente werden unter anderem die Bindung von qualifiziertem Fachpersonal und die Signifikanz der entstehenden Beziehungen durch feste Ansprechpartner angeführt.

Herr Becker betont, dass er die Arbeit der Träger wertschätze und lediglich Bedenken hinsichtlich des noch nicht beschlossenen Haushaltes habe.

Herr Schloo erklärt, dass sich der Haushalt nach den gefassten Beschlüssen der Politik richtet.

Dementsprechend seien Entscheidungen zur Finanzierung von Projekten grundsätzlich vor dem Beschluss des Haushaltes zu treffen.

Frau Schmieder entschuldigt sich, die Möglichkeit einer abweichenden Laufzeit in die Diskussion gebracht zu haben.

Frau Gülle von der CDU-Fraktion teilt daraufhin mit, dass die CDU dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Schloo appelliert an die Fraktionen zukünftig politische Abläufe intern im Vorwege zu kommunizieren und hofft, dass sich nun alle Beteiligten der Tragweite ihrer Entscheidungen bewusst sind.

Herr Schloo weist darauf hin, dass der Teilhaushalt bis zum 7. November beschlossen sein muss und dass Ramela zur nächsten Sitzung erneut eingeladen werden solle. Daraufhin wird über den vorliegenden Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Finanzierung der sozialpädagogischen Betreuung der Geflüchteten in den Unterkünften und in der zentralen Anlaufstelle „INTERPUNKT“ im bisherigen Stellenumfang durch die Träger der hauptamtlichen Betreuung Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und Caritas ab 01.01.2024 für weitere vier Jahre fortzuführen. Ebenso soll die Finanzierung der Koordinationsstelle und der Projektarbeit des Willkommen Teams im bisherigen Umfang für weitere vier Jahre beibehalten werden.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind – einschließlich der angemessenen Kostensteigerungen - im Verwaltungsentwurf unter dem Produkt-Konto 315500 531800 des kommenden Doppelhaushaltes bereits eingeplant.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1		1	
Nein:					1		
Enthaltung:							
Befangen:							

Der Beschlussvorschlag wird mit 13 Ja- Stimmen und einer Nein- Stimme mehrheitlich beschlossen.

TOP 12:

Besprechungspunkt Neubau TAS

Frau Makies und Herr Werner von der Tagesaufenthaltsstätte (TAS) stellen die Planung für den Neubau des von Ihnen genutzten Gebäudes im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation vor (**Anlage 3 zur Niederschrift**).

Herr Werner bietet den Ausschussmitgliedern eine Begehung der Räumlichkeiten an.

Frau Schmieder betont den Mehrwert für die Stadt Norderstedt durch den Neubau des Gebäudes, da die Büroräume potenziell auch für andere Zwecke genutzt werden können. Das Gebäude wird energietechnisch auf dem neuesten Stand sein inkl. PV-Anlage und Wärmepumpe.

Frau Makies erläutert auf Nachfragen des Ausschusses, dass das Bauvorhaben beginnen kann, sowie die benötigten Mittel zur Verfügung stehen. Da es sich um eine freiwillige Kommunalaufgabe handele, bestehe keine Möglichkeit zur Förderung durch Bundes- oder Landesmittel.

Der TAS stehen keine eigenen finanziellen Mittel zur Verfügung. Daher sei man auf Fördermittel und Spenden angewiesen.

TOP 13: B 23/0343

Zuschuss Frauenräume e.V.

Frau Lüdeke-Kaufholz und Frau Weiss vom Verein Frauenräume e.V. stellen Ihre Arbeit vor und erklären, für Fragen gerne zur Verfügung zu stehen.

Sie bieten den Ausschussmitgliedern an, die Räumlichkeiten nach vorheriger Terminabsprache zu besichtigen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss spricht sich für die Beibehaltung der institutionellen Förderung des Verein Frauenräume e.V., Frauenberatung und Notruf Norderstedt aus und gewährt für die Jahre

2024 - 2027 einen jährlichen Zuschuss i. H. v. 50.000,00 €.

Die Mittel sind im Haushaltsentwurf 2024/2025 auf dem Produktkonto 331000.531800 bereits eingeplant. Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung einen Vertrag mit dem Verein Frauenräume e.V. über eine jährliche Bezuschussung i. H. v. 50.000,00 € für den Zeitraum 01.01.2024 - 31.12.2027 zu schließen.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Der Beschlussvorschlag wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 14: B 23/0361**Mitglieder Arbeitskreis Stadtwerkespende**

Herr Schloo erläutert, dass jede Fraktion ein Mitglied des Arbeitskreises vorschlagen darf.

Beschluss:

Der Sozialausschuss benennt für den Arbeitskreis Stadtwerkespende 2023 folgende Vertreter bzw. Vertreterinnen:

Frau Doris Vorpahl	für die CDU
Herr Thomas Stumpf	für die SPD
Frau Margrit Riede	für Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Thomas Witte	für WIN-FW
Frau Devina Skutnik	für die FDP
Herr Volker Holdt	für die AfD

Sollte eine Person verhindert sein, wird durch die Fraktion eine Stellvertretung entsandt.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	1	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Der Beschlussvorschlag wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 15:**Besprechungspunkt „Präventive Hausbesuche für Senior*innen“**

Frau Schmieder führt die Ausschussmitglieder in das Projekt „Präventive Hausbesuche für

Senior*innen“ ein.

Herr Lange-Kröger (Amt 50) stellt das Projekt mithilfe einer Powerpoint-Präsentation vor. Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

TOP 16:

Dauerbesprechungspunkt Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen

Herr Schloo erklärt den neuen Ausschussmitgliedern die Funktion der beiden Dauerbesprechungspunkte und wünscht sich mehr Beteiligung bei Besichtigungen verschiedener Projekte (siehe TOP 21).

Herr Neuenfeldt berichtet über die aktuelle Unterbringungssituation in den städtischen Unterkünften:

Aktuell betreibt die Stadt Norderstedt über 19 größere dezentrale Unterbringungsstandorte über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Die einzelnen Standorte haben mit ca. 20 bis über 200 Plätzen eine sehr unterschiedliche Größe. Es befinden sich auch zwei Standorte darunter, an denen die Menschen in angemieteten Hotels untergebracht werden. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl kleiner Unterbringungsstandorte, beispielsweise Einzelwohnungen (städtische und angemietete, darunter über ein Dutzend Probewohnungen).

Stand Mitte September wohnen in den städtischen Unterkünften 1566 Menschen (1435 Menschen die den letzten Jahren als Geflüchtete gekommen sind sowie weitere 131 Personen ohne Obdach). Das sind fast 2 Prozent der Bevölkerung Norderstedts.

Die Zu- und Abgangszahlen bei den untergebrachten Obdachlosen halten sich wie schon in den letzten Jahren in etwa die Waage. Im Bereich der Geflüchteten gab es in den städtischen Unterkünften in diesem Jahr bereits einen Zugang von insgesamt 275 Personen bei gleichzeitig 239 Abgängen.

Die bestehenden Unterbringungskapazitäten sind nahezu komplett ausgelastet. Abgesehen von Einzelplätzen sind derzeit nennenswerte Kapazitäten nur noch in den Hotels vorhanden, die in den kommenden Wochen aber auch wieder voll belegt werden. Aktuell müssen die Bewohner*innen in den Unterkünften wieder enger zusammenrücken, sodass sich auch fremde Menschen wieder häufiger zu zweit ein Zimmer in der Unterkunft teilen. Durch die engere Belegung und auch durch den langen Verbleib der Menschen in den Unterkünften erhöht sich das Konfliktpotential der Bewohner*innen untereinander im alltäglichen Zusammenleben, was eine Herausforderung für die Unterkunftsverwaltung, sowie die Hausmeister und die Betreuung vor Ort darstellt.

In Kürze werden am Standort Lawaetzstraße die vier zusätzlichen Gebäude in Containerbauweise fertiggestellt, sodass dort im Oktober mit der Belegung der rund 100 Plätze begonnen werden kann.

Ein weiterer für die Unterbringung von Geflüchteten geplanter Standort befindet sich am Henstedter Weg, gegenüber dem SOS-Kinderdorf. Auf dem städtischen Grundstück sollen 6 bis 7 Gebäude in Holzständerbauweise für insgesamt ca. 180 bis 200 Personen errichtet werden. Aktuell erfolgt die Abstimmung mit der Stadtplanung, wie dort eine entsprechende Bebauung realisiert werden kann. Parallel wird eine Marktsondierung durchgeführt und das Vergabeverfahren geklärt. Sobald es konkretere Planungen / Entwürfe gibt, wird im Sozialausschuss darüber berichtet.

Gegen Jahresende ist saisonbedingt mit einer deutlichen Steigerung der Zugänge im Bereich der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber*innen zu rechnen. Eine verlässliche Vorhersage der Zugangszahlen ist – wie immer – leider nicht möglich. Die Ausländerbehörde des Kreises Segeberg geht in Ihrer Prognose von Anfang August für dieses Jahr für Norderstedt von der Zuweisung von über 600 Personen aus. Bis Anfang August wurden bereits 208 Personen zugewiesen. Das Land stellt gerade den Verteilungsmodus der Geflüchteten auf die Kreise von einer Vorlaufzeit von vier auf drei Wochen um. Dies führt unter anderem dazu, dass die Stadt Norderstedt allein in der vierzigsten Kalenderwoche voraussichtlich über 30 Personen neu aufnehmen muss.

Ein Schreiben des Städteverbandes vom 12. September 2023 ist der **Niederschrift als Anlage 5** beigefügt.

Bundesweit ist im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum die Anzahl der Asylanträge zum Stichtag 31. August um rund 90 Prozent gestiegen. Dieser Vergleich beinhaltet aufgrund der Massenzustrom-Richtlinie nicht die ukrainischen Flüchtlinge. Die zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten sind aktuell Syrien, Afghanistan und Türkei.

Frau Schmieder weist ausdrücklich darauf hin, dass die Unterbringung in den Hotels aufgrund der beengten Räumlichkeiten und der eingeschränkten Möglichkeiten zu waschen und zu kochen von den untergebrachten Personen auf Dauer als sehr belastend empfunden wird.

Auf Nachfrage von Frau Gülle von der CDU-Fraktion erklärt Frau Major, dass vermutlich nur noch sehr wenige ukrainische Geflüchtete in privatem Wohnraum bei Gastgebern leben. Genaue Zahlen hierzu könne man nicht nennen.

**TOP 17:
Dauerbesprechungspunkt Wohnraumversorgung**

Herr Neuenfeldt berichtet, dass die Errichtung der beiden Wohngebäude im Lavendelweg demnächst abgeschlossen sei.

Die ersten Mieter sollen bereits im Oktober einziehen, der Großteil dann im November. Er gibt den Quartals- und Abschlussbericht zum Neubau nach dem Norderstedter Modell am Harkshörner Weg 01/2023 als **Anlage 6 zur Niederschrift**.

Ebenso werden die Quartalsberichte 1 und 2 zum Neubau Buschweg / Lavendelweg als **Anlagen 7 und 8 der Niederschrift** beigefügt.

**TOP 18: M 23/0358
1. Halbjahresbericht 2023**

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 19: M 23/0363
Sitzungstermine 2024**

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 20:
Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 21:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 21.1:
Bericht von Frau Schmieder zur Besichtigung von städtischen Projekten**

Frau Schmieder berichtet über den Besuch des Gebäudes nach dem „Norderstedter Modell“ im Lavendelweg mit Ausschussmitgliedern.

Eine dort gezeigte Powerpoint-Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 9** beigefügt.

In diesem Zusammenhang betont Frau Schmieder noch einmal, dass solche Besichtigungen bitte nicht eigenmächtig durchgeführt werden dürfen.

TOP 21.2:**Bericht von Herrn Neuenfeldt zur Betreuung der Obdachlosen im Langenharmer Weg und diverse Sachberichte**

Herr Neuenfeldt berichtet zum Thema Betreuung der Obdachlosen wie folgt:

Vor dem Hintergrund der Fertigstellung des zweiten Neubaus am Standort Langenharmer Weg zum Ende 2022 haben Gespräche mit dem Träger stattgefunden, bei denen es um die Fortführung der Betreuung der Obdachlosen geht. Hier wird aktuell über eine Aufstockung von bisher einer Vollzeitstelle auf 1,5 Stellen gesprochen. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird dem Sozialausschuss voraussichtlich in seiner Sitzung im November vorgelegt.

Parallel haben Gespräche mit der Kreisverwaltung und dem Träger stattgefunden, ob es eine Möglichkeit gibt, den Menschen in der Unterbringung, deren besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, möglichst passgenau Hilfe mittels einer individuellen Hilfeplanung mit dem Ziel der Beendigung der Wohnungslosigkeit anzubieten. Ein solches Projekt, das auch eine Nachsorge im eigenen Wohnraum ermöglichen würde, wäre aus städtischer Sicht eine gute Ergänzung der bestehenden Beratungs- und Betreuungsangebote. Nicht zuletzt auch wegen einem niedrigrschwelligeren Zugang als bei dem vor einigen Jahren durchgeführten Projekt Arbeit und Wohnen unter anderem auch über das Jobcenter.

Der Kreissozialausschuss beschäftigt sich bereits mit dem Thema (Vorlage DrS/2023/135 als **Anlage 10 zur Niederschrift**), wobei aktuell geprüft wird, ob ähnliche Bedarfe auch in anderen größeren Städten und Gemeinden im Kreisgebiet bestehen.

Sachbericht 2022 der Diakonie zur Betreuung der Obdachlosenunterkunft Langenharmer Weg als **Anlage 11 zur Niederschrift**

Sachbericht 2022 der Migrationsberatung der Diakonie als **Anlage 12 zur Niederschrift**

Sachbericht 2022 des Netzwerk Norderstedt als **Anlage 13 zur Niederschrift**

Sachbericht 2022 der profamilia- Beratungsstelle als **Anlage 14 zur Niederschrift**

Sachbericht 2022 der Bildungs- und Freizeitarbeit der Lebenshilfe Norderstedt als **Anlage 15 zur Niederschrift**

Sachbericht 2022 der Diakonie zur Tagesaufenthaltsstätte für Obdachlose als **Anlage 16 zur Niederschrift**

Sachbericht der Diakonie zum Winternotprogramm 2022/23 als **Anlage 17 zur Niederschrift**

TOP 21.3:**Interkulturelle Wochen 24.09. bis 01.10.2023**

Frau Major informiert, dass vom 24.09. – 01.10.2023 die Interkulturellen Wochen stattfinden, wobei die Stadt Norderstedt sich in diesem Jahr erstmalig an den kreisweiten Interkulturellen Wochen beteiligt. Das digitale Programm ist im Internet unter

www.segeberg.de/Chancengleichheit-und-Vielfalt/Interkulturelle-Woche sowie im

Veranstaltungskalender der Stadt Norderstedt unter www.norderstedt.de zu finden. Die

Pressemitteilung wird als **Anlage 18 zur Niederschrift** gegeben.

TOP 21.4:**Zeitplanung Haushaltsbeschluss**

Frau Major weist darauf hin, dass gemäß der Zeitplanung zur Aufstellung des Grundhaushaltes die Beratungen in den Fachausschüssen bis zum 07.11.2023

abgeschlossen sein sollen. Da der Sozialausschuss im Oktober aufgrund der Herbstferien nicht tagt, ist ggf. eine Sondersitzung Anfang November erforderlich. Als möglicher Termin hierfür kommt Donnerstag, der 02.11.2023 infrage.

**TOP 21.5:
Besichtigung Räumlichkeiten INTERPUNKT**

Herr Schloo berichtet über einen Besichtigungstermin des iNTERPUNKTES in der KW 37. Er bedauert, dass das Angebot nicht von anderen Ausschussmitgliedern angenommen wurde.

Herr Schloo regt an, eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss abzuhalten.

**TOP 21.6:
Veranstaltung "Radeln ohne Alter"**

Frau Meyer von der Fraktion WIN-FW stellt dem Ausschuss das Konzept „Radeln ohne Alter“ vor, das sie kürzlich auf einer Informationsveranstaltung kennen gelernt hat.

Es handelt sich um einen ehrenamtlichen Rikscha-Fahrdienst für Senior*innen.

Mehr Informationen können unter dem Link <https://radelnohnealter.de/> eingesehen werden.

Frau Meyer regt an, die Organisation in den Ausschuss einzuladen, um sich einmal vorzustellen.

**TOP 21.7:
Anfrage der FDP-Fraktion zur Erläuterung des Teilstellenplanes**

Frau Skutnik von der FDP Fraktion gibt eine Anfrage zur Erläuterung des Teilstellenplanes zur Niederschrift (**Anlage 19**).

Diese soll, abweichend vom Datum das in der Anfrage genannt ist, in der kommenden Sitzung durch die Verwaltung beantwortet werden.

**TOP 21.8:
Anfrage der SPD-Fraktion zu einer eigenmächtigen Besichtigung einer Norderstedter Notunterkunft durch zwei Stadtvertreter**

Herr Schloo berichtet über die im Hauptausschuss getätigten Aussagen, dass zwei Stadtvertreter sich unerlaubt Zugang zu den Räumlichkeiten verschafft hätten, um diese eigenmächtig in Augenschein zu nehmen.

Hierzu gibt er eine Anfrage der SPD-Fraktion zur Niederschrift (**Anlage 20**).

Frau Schmieder beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

1. Lt. Aussage im Hauptausschuss fand der Besuch am Freitag den 15.09.2023 statt.
2. Die Verwaltung hat direkt im Anschluss der Sitzung mit den beteiligten Stadtvertretern gesprochen.
3. Für eine Anzeige gab es keinen direkten Anlass. Es wurde weder etwas beschädigt, noch ist ein sonstiger Schaden eingetreten.
4. Die Beteiligten und alle anderen Stadtvertreter*innen und bürgerlichen Mitglieder wurden noch einmal entsprechend informiert und sensibilisiert, dass Besuche nur angekündigt und in Begleitung, oder wie in der Vergangenheit für die Ausschussmitglieder direkt angeboten stattfinden. Es wird Sorge getragen, dass alle leerstehenden Einheiten abgeschlossen sind. In Teilen befinden sich an den Eingangstüren mehrsprachige Hinweisschilder und Rufnummern für Notfälle.